

des Börsenvorstandes entsprechend erfolgt, an das königliche Ministerium das Gesuch zu richten, daß die Geschäfte in Spiritus und Mäböl nicht mehr als stempelsteuerepflichtig angesehen werden.

Auch dieser Antrag findet einstimmige Genehmigung. (Aus dem Bericht über die Sitzung der Handelskammer zu Leipzig vom 12. November 1886.)

Korrespondenz der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin.

Redigirt von dem Syndikus der Korporation, Kreisger.-Dir. a. D. Beiser.

Zum Reichsstempelgesetz.

Nach einer von betheiligter Seite dem Ältesten-Collegium gemachten Mittheilung ist die Frage vor Gericht durch Civilklage anhängig gemacht worden, ob ein Geschäft, durch welches 17 800 Pfd Roggen schwimmend, von Odessa per Steamer Deta nach Hamburg zum Preise von 101 M. per 100 Kg. zufolge Londoner Roggen-Bedingungen gekauft wurden, als ein stempelpflichtiges Anschaffungsgehalt anzusehen ist? Es kam bei diesem Prozesse vornehmlich auf die Fragen an, ob die „Londoner Roggen-Bedingungen“ als Usancen der Londoner Börse anzusehen sind, und ob an der Londoner Börse Terminpreise für Roggen, wie er bei dem oben bezeichneten Geschäft gehandelt worden ist, notirt werden?

Der den beklagten Steuerfiskus vertretende Provinzial-Steuer-Direktor hat dem Sachverwalter des, die Erstattung des unter Vorbehalt gezahlten Stempelbetrages fordernden Klägers die Nachricht zugehen lassen, daß er beabsichtige, den Kläger flaglos zu stellen, da auch er nach den angestellten Ermittlungen das Geschäft, für welches Kläger den eingeklagten Stempelbetrag entrichtet hat, nicht für abgabepflichtig halte. Der Provinzial-Steuer-Direktor hat dabei noch die Erklärung des Klägers darüber verlangt, daß dem in Rede stehenden Geschäft andere Börsen-Usancen, als die Roggen-Bedingungen nicht zu Grunde gelegt worden sind.

Rübenzuckersteuer.

Erlaß des K. Pr. Finanz-Minist. d. d. Berlin, den 16. November 1886. III. 56.

Auf Grund der Ausführungsbestimmungen des Bundesraths zum Artikel II des Gesetzes vom 1. Juni d. J., betr. die Besteuerung des Zuckers, will ich von der im Artikel II §. 3 Absatz 1 daselbst vorgeschriebenen Anzeigepflicht bis auf Weiteres die Inhaber derjenigen gewerblichen Betriebe befreien, welche aus unverstärkten Rüben Säfte und zuckerhaltige Produkte in der Art herstellen, daß sie ohne maschinelle Einrichtungen mit Dampftrieb den aus den gekochten Rüben mittelst gewöhnlicher Pressen gewonnenen Saft ohne Scheidung oder Reinigung desselben in offenen Kesseln einkochen, so daß derselbe dann als fertiges Fabrikat zum Betriebe gelangt.

Branntweinsteuer.

Die „Zeitschrift für Spiritus-Industrie“ schreibt im Fragekasten der No. 63:

Strafverfahren bei Betriebsstörung.

Ist die Steuerbehörde berechtigt, wegen Betriebsstörung in einer Brennerei das Strafverfahren einzuleiten?

Zur Orientirung über diese Frage veröffentlichten wir nachstehende Verfügung, welche an einen Brennereibesitzer, in dessen Brennerei sich mehrere Betriebsstörungen durch schlechtes Funktioniren der Wasserpumpe eingestellt hatten, ergangen ist.

Ober-Steuer-Kontrolle. T..., den 10. November 1886.

Nachdem in Gw. Wohlgeboren Brennerei am 21., 31. v. M. und am 9. d. M. Betriebsstörungen eingetreten sind, die in den beiden ersten Fällen auf die ungenügende Wasserbeschaffung, im letzteren auf das Defektwerden der Wasserpumpe

zurückzuführen sind, nehme ich Veranlassung, Euer Wohlgeboren ergebenst darauf aufmerksam zu machen, daß das Unbrauchbarwerden der Wasserpumpen und Leitungen, sofern das Wasser ohne unverhältnismäßige Zeit, Kraft und Kostenaufwand auf andere Weise oder aus größeren Entfernungen herbeigeschafft werden kann, wie es bei Ihrer Brennerei thatsächlich der Fall ist, den betreffenden Bestimmungen gemäß weder zum Erlaß der Branntweinsteuer berechtigt noch die Abweichung von der Betriebsdeklaration rechtfertigt, vielmehr die Einleitung des Strafverfahrens zur Folge hat.

Zur Vermeidung von Weiterungen gebe ich deshalb Euer Wohlgeboren ergebenst anheim, alsbald und andauernd für die Beschaffung des zum Betriebe erforderlichen Wassers eventuel durch Anfuhr aus den nahen Teichen, sowie für den brauchbaren Zustand der Pumpen und sonstigen Betriebseinrichtungen Sorge tragen zu wollen.

Der königliche Ober-Steuer-Kontrollleur.

(Unterschrift.)

Wir bemerken dazu noch, daß Wassermangel — wie es in der Verfügung heißt — in keinem der beiden Fälle vorlag, sondern es war immer nur die Wasserpumpe, an der etwas defekt war. Auch hat es sich in den betreffenden Gesuchen immer nur um die Bewilligung einer Betriebsfristverlängerung, niemals um einen Erlaß der Branntweinsteuer gehandelt.

S. in S.

Uns ist eine gesetzliche Bestimmung, welche die Unterlage zu der oben mitgetheilten Verfügung bilden könnte, nicht bekannt, wir bitten daher unsere Leser, welche über die Frage informiert sind, dringend um freundliche Mittheilung, da diese Frage von allgemeiner Wichtigkeit für die Brennereibesitzer ist. (Zeitschr. f. Spirit.-Ind.)

Die Redaktion dieses Blattes bemerkt dazu:

§. 10 des Gesetzes vom 8. Juli 1868 (bezw. §§. 2 und 3 des Regulativs vom 1. Decbr. 1820) jagt:

Wer eine Brennerei in Betrieb setzen will, ist verpflichtet, vor dem Beginn derselben den Betriebsplan nach den näheren Bestimmungen der §§. 24 ff. der Steuerhebestelle anzumelden, diesen Betriebsplan in der Brennerei auszuhängen, solchen reinlich aufzubewahren und demselben bei dem Betriebe genau nachzukommen.

§. 24 des Gesetzes vom 8. Juli 1868 (bezw. §. 2 des Regul. vom 1. Decbr. 1820) jagt im 2. Absatz:

Außer den im §. 14 erwähnten Fällen (Bestimmung wegen Erlaß der Steuer bei unvermeidlicher Betriebsunterbrechung oder Unbrauchbarwerden der Masche) kann eine Abänderung des angemeldeten Betriebes einmal im Monat dann gestattet werden, wenn der Betrieb dadurch verstärkt wird.

§. 65 des oben cit. Gesetzes rc. bestimmt:

Die Uebertretung anderer, in diesem Gesetz enthaltenen Vorschriften und der in Gemäßheit derselben erlassenen und gehörig bekannt gemachten Verwaltungsvorschriften, auf welche keine besondere Strafe gesetzt worden, soll mit einer Geldbuße von einem bis zehn Thalern geahndet werden.

Hiernach kann in der That jede nicht unvermeidliche Abweichung vom deklarierten Betrieb bestraft werden und ist dies ja auch durchaus richtig, da sonst die oben im §. 10 angegebene Bestimmung, daß der Betriebsplan genau befolgt werden muß, einfach dadurch illusorisch gemacht werden könnte, daß irgend eine kleine Störung herbeigeführt würde.

Das Rescrit vom 26. Juni 1841 III. 9701 setzt nur die Fälle fest, welche als unvermeidliche Betriebsunter-